

Westfälische Nachrichten

Jahrgang 2 / Nummer 2

Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 77 der Militärregierung

Mittwoch, 8. Januar 1947



Wieder Kriegsbilder

Der erste Bildbericht aus Indochina von den Kämpfen französischer Truppen in Hanoi, der von Viet-Nam-Truppen besetzten Hauptstadt Tonkings. Um jedes Haus muß in erbitterten Straßenkämpfen mit Panzern und Maschinengewehren gekämpft werden.



Trumans Kongreßbotschaft

Neue Arbeitsgesetzgebung und baldige Friedensverträge mit Deutschland und Japan gefordert

Washington, 7. Januar. An den anfangs. November neu gewählten USA-Kongreß, der eine Republikanische Mehrheit besitzt, richtete Präsident Truman am Montag die traditionelle „State of Union Botschaft“, die sich mit wichtigen innen- und außenpolitischen Problemen befaßte.

Vier Punkte zur Arbeitsgesetzgebung

Die vier Programmpunkte Präsident Trumans zur Arbeitsgesetzgebung lauten wie folgt:
1. Es sind sobald wie möglich Gesetze zu schaffen, um die von der Arbeitsgesetzgebung erlassenen Streiks auszuschalten und „die Anwendung wirtschaftlicher Druckmittel seitens der Gewerkschaften oder der Unternehmer zu verbieten, um die Streitfragen zu entscheiden, die sich aus der Auslegung bestehender Verträge ergeben.“
2. Innerhalb des Arbeitsministeriums sind die Möglichkeiten auszubauen, um Kollektivverhandlungen zu fördern.
3. Das nationale Programm der Sozialgesetzgebung ist zu erweitern, damit die Ursachen der Unsicherheit der Arbeitnehmer behoben werden.
4. Der Kongreß soll eine gemeinsame zeitweilige Untersuchungskommission ins Leben rufen, die sich mit dem Gesamtgebiet der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu befassen hat.

Die Friedensverträge

Im außenpolitischen Teil seiner Ansprache wandte sich Präsident Truman zunächst den Friedensverträgen zu. Er sagte dazu: Wir haben bei der Vorarbeit zu den Verträgen mit Italien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien allen Nationen klar gemacht, daß die Vereinigten Staaten keinen Ausgleich auf Kosten der Prinzipien zustimmen werden, die wir als lebenswichtig für einen gerechten und dauerhaften Frieden betrachten. Ebenso deutlich wiesen wir darauf hin, daß wir uns nicht wieder in eine Isolation zurückziehen wollen. Während der kommenden Verhandlungen in Moskau über die Friedensverträge mit Deutschland und Österreich wird unsere Politik die gleiche sein und ebenso bei den künftigen Konferenzen über den Frieden mit Japan. Wir müssen jetzt mit den Friedensverträgen vorankommen. Die Deutschen und Japaner können nicht in Zweifel und Furcht über ihr künftiges Schicksal gelassen werden, sie müssen ihre nationalen Grenzen erfahren. Sie müssen wissen, welche Hilfsquellen ihnen verbleiben und welche Reparationen sie zahlen müssen.

Atomenergie und Abrüstung

Für die Atomenergie stellte Präsident Truman folgende Grundsätze fest: „Wir suchen weder für uns selbst noch für eine Gruppe von Nationen ein Monopol. Wir wünschen lediglich ausreichende Sicherheiten, damit keine Nation die Atomkraft für militärische Zwecke verwenden kann. Wenn das System der kollektiven Sicherheit der UNO eingerichtet sein wird, werden wir es übernehmen, die Völker zu einer ge-

meinsamen Abrüstung zu führen. Aber bis ein solches System zur Ausführung kommt, dürfen wir nicht wieder erlauben, daß unsere Schwäche zu Angriffen einlädt. Unsere Demobilisation ist durchgeführt. Aber zur selben Zeit hält der Bedarf für angemessen ausgerüstete und auf ausgebildete Truppen an. Wir stehen der ersten Schwierigkeit gegenüber, unsere Truppenstärke auf diesem herabgesetzten Maß zu halten.“

Neben der Arbeitsgesetzgebung behandelte Truman zum Schluß seiner Botschaft an den Kongreß die drei wichtigen innerpolitischen Fragen der Preisstabilisierung, der Anti-trustgesetzgebung und des Bundeshaushalts. Im Hinblick auf die Rekordhöhe der Nahrungsmittelproduktion im Jahre 1946 bezeichnete der Präsident es als Hauptproblem, der amerikanischen Landwirtschaft günstige Preise zu garantieren. Truman drang darauf, daß die in zwei Jahren ablaufenden Preisstimmungen durch eine angemessene neue gesetzliche Regelung ersetzt werden.

Am Mittwoch wird Truman eine weitere Rede über Wirtschafts- und Finanzfragen halten.

Senat läßt Präsidenten warten

Zu einer „Dauersitzung für heute, morgen und solange wie nötig“ beriefen die Republikaner am Sonnabend den Senat ein, um den Kampf der demokratischen Abgeordneten der Südstaaten zugunsten des Senators Bilbo zum Scheitern zu bringen. Bilbo wird beschuldigt, unter Mißbrauch seines Amtes Bestechungsgelder angenommen zu haben.

Die Gruppe der 14 demokratischen Senatoren, die Bilbo unterstützen, zeigte keinerlei Bereitschaft zum Einlenken. Sie lasen vom Rednerpult aus Bibeltexte vor und verfolgten mit dieser Verzögerungsakt die Ziel: eine Hinausschiebung der „State of Union-Botschaft“ des Präsidenten bis zur Klärung der Lage herbeizuführen.

Schließlich entschied sich der Senat für Vertagung der Entscheidung über den Fall „Fall Bilbo“.

„Einmalige Gelegenheit“

USA-Landwirtschaftsminister für Getreideexport
Washington, 7. Jan. (DPD-Reuter). Für die Verschiffung von 13½ Millionen Tonnen Getreide im Erntejahr 1946/47 unter Einsatz aller verfügbaren Mittel setzte sich der amerikanische Landwirtschaftsminister R. Anderson in einer Rundfunkrede am Sonntagabend ein. Anderson betonte, daß sich jetzt eine einmalige Gelegenheit bietet, einen entscheidenden Beitrag für den Weltfrieden zu leisten.

Neue Unruhen in Palästina

Man rechnet in London mit Einführung des Kriegsrechts

London, 7. Jan. (DPD-Reuter). In Palästina brachen in der vergangenen Woche erneut schwere Unruhen aus. Der britische hohe Kommissar für Palästina, Sir Alan Cunningham, traf in London ein, wo er mit Feldmarschall Lord Montgomery und dem Kolonialminister Creech-Jones Besprechungen hatte. In Besprechungen mit Außenminister Bevin hat Cunningham auch die politische Lage in Palästina erörtert. Am Montag wurde General Cunningham von König Georg im Buckingham-Palast in Audienz empfangen.

Nach Ansicht politischer Kreise in London hat Sir Alan die Auffassung vertreten, daß nur die Einführung des Kriegsrechts der gegenwärtigen Lage gerecht werden kann und gefordert, daß diese Maßnahme vom Kabinett erwogen wird. Die „Sunday Times“ hält es für möglich, daß der formale Belagerungszustand erreicht wird. Damit würde ein militärisches Vorgehen gegen die

Terroristen möglich werden, während sich bisher alle Maßnahmen nur auf die zivilen Behörden stützen konnten.

Britisches Kabinett berät

London, 7. Jan. Die Palästinafrage, die kommende Moskauer Außenministerkonferenz, die Abrüstungsvorschläge der UNO-Vollversammlung, die Zukunft Deutschlands, die Schwierigkeiten mit Albanien wegen der Verminderung der Straße von Korfu stehen auf der Tagesordnung der britischen Kabinettsberatungen dieser Woche.

Montgomery in Moskau

London, 7. Jan. (DPD-Reuter). Feldmarschall Montgomery ist am Montag zu seinem Freundschaftsbesuch in Moskau eingetroffen. Der Chef des Empire-Generalstabs wurde bei seiner Ankunft auf dem Moskauer Flughafen durch den Chef des Sowjet-Generalstabs, Marschall Alexander Wassilewsky, begrüßt. Montgomery erklärte, daß er als Soldat gekommen sei, um der Sowjetarmee seine Achtung zu bezeugen. Weiter sagte Montgomery, daß Sowjetrußland am meisten von allen Ländern unter dem Kriege gelitten habe.

Die linksgerichtete französische Zeitung „Franc-tireur“ behauptet im Zusammenhang mit dem Besuch des Feldmarschalls, die britische Regierung habe Montgomery ermächtigt, die Sowjetregierung von dem Inhalt der kürzlichigen Besprechungen zwischen den britischen und amerikanischen Generalstäben zu unterrichten.

Französischer Kreuzer für UNO-Ausschuß

Athen, 7. Jan. (DPD-Reuter). Ein Kreuzer der französischen Mittelmeerflotte ist von der französischen Regierung dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellt worden, um die Mitglieder des von elf Staaten gestellten Untersuchungsausschusses von Frankreich nach Griechenland zu befördern. Der Untersuchungsausschuß wird etwa 60 bis 70 Mitglieder zählen.

Gegen die Verschiebung der Ankunft der Kommission wird die griechische Regierung Protest einlegen. Die Untersuchungskommission sollte mit ihrer Arbeit ursprünglich am 16. Januar beginnen, jetzt wurde jedoch bekanntgegeben, daß sie erst am 30. Januar ihre Tätigkeit beginnen würde. Von griechischer Seite wird erklärt, daß die zeitliche Verschiebung „die Entlastung von Beweismaterial über die ausländische Einmischung“ erleichtert.

Hoffnung auf Waffenstillstand

Die Lage in Französisch-Indochina

Saigon, 7. Jan. (DPD-Reuter). Die Hoffnung auf baldigen Waffenstillstand zwischen den französischen und den Viet-Nam-Streitkräften brachte der französische Kolonialminister Moutet am Montag zum Ausdruck.

Die Lage in Französisch-Indochina muß im Augenblick vom militärischen Gesichtspunkt aus gesehen werden, erklärte der Kolonialminister. Die Lage in Annam und Tonking ist nach Berichten, die am Montag in Paris eintrafen, unverändert. Doch ist es französischen Truppen gelungen, den Einschließungsring von Hanoi zu durchbrechen und Verbindung mit den von der Küste anrückenden französischen Einheiten herzustellen. Die französischen Truppen erhalten laufend Verstärkungen.

In Cochinchina ist eine Zunahme der terroristischen Tätigkeit festzustellen, die neuerdings sogar auf Kambodscha und Laos übergreift. Nach französischer Ansicht sind alle diese Einzelaktionen Teil eines Gesamtplanes der Viet-Nam-Streitkräfte, die 2000 japanische Ausbilder und chinesische sowie amerikanische Waffen haben sollen. Ernste Sorge bereitet das Schicksal von 200 fran-

zösischen Zivilisten; darunter vielen Frauen und alten Leuten, die von den Aufständischen als Geiseln festgehalten werden. Der britische und amerikanische Konsul in Hanoi bemühen sich um ihre Freilassung, bzw. um eine Zusicherung seitens der Viet-Nam-Regierung, daß sie gut behandelt werden.

In den schweren Kämpfen gegen Viet-Nam-Truppen sollen die französischen Streitkräfte nach einer Meldung des Viet-Nam-Rundfunksenders Giftgas angewendet haben. Der Sender behauptete ferner, daß französische Truppen Tempel beschossen hätten.

Die Versenkung eines indonesischen Kriegsschiffes durch den niederländischen Zerstörer „Kortenaar“ in der Nähe von Cheribon (Java) wird in einer holländischen Meldung vom Sonntag berichtet.

Vor den Friedens-Vorbesprechungen

Noch keine österreichische Delegation für London

Wien, 7. Jan. (DPD-Reuter). Zu den vorbereitenden Besprechungen über die Friedensverträge mit Deutschland und Österreich, die am 14. Januar in London beginnen sollen, ist Österreich noch nicht eingeladen worden, wie ein amtlicher österreichischer Sprecher in Wien am Montagabend bekanntgab.

Vertreter Frankreichs in London wird Couve de Murville sein, der im vergangenen Jahre bereits als Stellvertreter Bidaults der Tagung der Außenminister in New York beizwohnte. Dem Vernehmen nach wird Robert Murphy den amerikanischen Außenminister Byrnes und Sir William Strang den britischen Außenminister Bevin vertreten. Ueber den Namen des sowjetischen Vertreters ist noch nichts bekannt.

Zu den bevorstehenden Verhandlungen über die Friedensregelung für Deutschland vertreten „News Chronicle“ und „Daily Herald“ die Ansicht, daß deutsche Vertreter nicht an der Festlegung der Bestimmungen beteiligt sein werden. Beide Blätter sprechen die Vermutung aus, daß damit auch die politischen Führer Deutschlands einverstanden seien, da sie unter diesen Umständen für Fehleinschätzungen in der Zukunft nicht mitverantwortlich wären.

Grenzberichtigungsansprüche gegen Deutschland liegen bisher von belgischer, holländischer, luxemburgischer, dänischer, polnischer und tschechoslowakischer Seite vor.

„Kleine Grenzberichtigungen“

Prag, 7. Jan. Kleine Grenzberichtigungen wird die tschechoslowakische Seite in den Verhandlungen über die deutsche Friedensregelung verlangen, so schreibt die Zeitung „Pravo Lidu“, das Organ der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei. Die Forderung nach Grenzberichtigung wird mit strategischen und technischen Erwägungen begründet.

Weltsicherheitsrat tagt wieder

Newyork, 7. Jan. (DPD). Die Kontrolle der Atomenergie und die Abrüstung stehen auf der

Die Lage in Japan

Washington, 7. Jan. — Das japanische Parlament, das seine längste Sitzungsperiode seit Bestehen im Oktober abschloß, ist auf dem besten Wege, eine wahre Volksvertretung zu werden, erklärt General McArthur in seinem jetzt veröffentlichten Bericht über die Lage in Japan vom Oktober 1946. Der Oktober ist der Monat mit den meisten Streiks gewesen, an denen die Arbeiter der Kohlen-, Elektrizitäts- und Stahlindustrie beteiligt waren.

Die Reiserteile hat mit 9 Millionen Tonnen fast den Durchschnitt der Jahre 1940—1944 erreicht. Die Ernte, die eine Erhöhung der Reisration um 20 Prozent erlaubt, reicht bis Juni 1947 für die Versorgung der Bevölkerung aus. Die Rohstoffknappheit beeinträchtigt die Produktion noch auf vielen Gebieten, aber die Herstellung von Baumwollstoffen zeigt dank den Baumwollimporten aus Amerika bereits ein Ansteigen.

Zum Geistesleben erwähnt General McArthur, daß jetzt auf 36 japanischen Universitäten das System des gemeinsamen Studiums männlicher und weiblicher Studenten eingeführt ist, während es vor der amerikanischen Besetzung nur an 10 Universitäten bestand.

Tagesordnung der ersten Sitzung des Weltsicherheitsrates in diesem Jahr, die am Dienstag in Newyork begann. Großbritanniens Streit mit Albanien ist noch nicht anhängig.

Großbritannien hat vor wenigen Tagen die Kopien des Notenwechsels mit Albanien wegen der Beschädigung zweier britischer Zerstörer in der Straße von Korfu der Sowjetunion, USA, China und Frankreich zugestellt. In politischen Kreisen Londons rechnet man damit, daß die endgültige Entscheidung, ob Großbritannien seine Klage gegen Albanien vor den Weltsicherheitsrat bringen wird oder nicht, wahrscheinlich erst dann gefällt wird, wenn die Regierungen der vier Großmächte die britische Note geprüft haben.

London erwartet

Internationale Antarktis-Konferenz

London, 7. Jan. (DPD-Reuter). Die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Besprechung der verschiedenen Gebietsansprüche in der Antarktis wird in London als Ergebnis des „Acht-Mächte-Rennens“ zum Südpol erwartet. Den Vorschlag, die gesamte Antarktis unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu stellen, bringt ein Leitartikel der arbeiterparteilichen Zeitung „Daily Herald“. Er empfiehlt weiter, die Ausbeutung der im Südpolargebiet vermuteten Mineralvorkommen in der Form eines internationalen Gemeinschaftsunternehmens zu betreiben.

Wer unterschreibt Friedensvertrag?

Botschafter Murphy hofft auf kommende deutsche Regierung

Berlin, 7. Januar. Die Frage, wer auf deutscher Seite den künftigen Friedensvertrag unterschreiben wird, ist bisher noch nicht entschieden worden, wie Botschafter Murphy, der politische Berater der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, in Berlin bekanntgab.

Botschafter Murphy stellte fest, daß der Friedensvertrag jedoch trotz der noch ausstehenden Entscheidung darüber, wer ihn unterschreiben soll, unbedingt unterzeichnet werden wird, und zwar, wie er hoffe, von einer künftigen demokratischen deutschen Regierung.

Deutsche Vertreter würden an den Beratungen über den Friedensvertrag nicht teilnehmen. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß sie zu bestimmten Fragen gehört würden. Formale Besprechungen mit deutschen Politikern hätten bisher nicht stattgefunden. In privaten Gesprächen sei von deutscher Seite mehrfach die Befürchtung geäußert worden, daß eine künftige demokratische deutsche Regierung womöglich genau wie seinerzeit die Regierung der Weimarer Republik mit der schweren Bürde eines harten Friedensvertrages belastet werden würde. „Wir können nur annehmen“, sagte Botschafter Murphy, „daß Deutschland bis dahin Gelegenheiten gehabt haben wird, nach demokratischen Grundsätzen eine eigene Regierung zu wählen, die dann auch an der Lage sein würde, inter-

Treuhänder für Grundindustrien

London, 7. Jan. (DPD-Reuter). — Minister Hynd suchte Außenminister Bevin am Montag im Foreign Office auf. Es wird angenommen, daß Hynd dem britischen Außenminister über die Vorbereitungen zur Ernennung von Treuhändern für die Grundindustrien in der britischen Besatzungszone Deutschlands berichtet hat.

„Observer“ spricht in einem Bericht aus Berlin die Vermutung aus, daß der Plan Minister Hynds, Deutsche zu Treuhändern in gewissen deutschen Industrien zu ernennen, vorläufig zurückgestellt worden sei.

Westfälische Nachrichten

Nr. 2 Münster, 8. Januar 1947

Zum Problem der Generation

Unsere Zeit ist nicht die Zeit junger Männer. Die Alten, oder gelinder gesagt, die Älteren, beherrschen das Feld und die Positionen. Daß dem so sein muß, nimmt nicht wunder. Um so erfreulicher ist es aber, wenn man den jungen Menschen — und dazu rechnen die in der Zeit des braunen Imperiums groß gewordenen, also auch die heute bereits Dreißigjährigen — Gelegenheit gibt, ja, sie geradezu nötigt, das Wort und die Feder zu ergreifen, um über sich und ihre Belange auszusagen. Kein Radioprogramm ohne Jugendstunde, keine Zeitung ohne Jugenddecke, und im Zeitschriftenwesen ist trotz akutem Papiermangel sogar ein steigendes Angebot an sogenannten Jugendzeitschriften zu buchen.

Die Jungen machen von den ihnen gebotenen publizistischen Möglichkeiten Gebrauch. Hört man ihnen zu und liest man ihre Aufsätze, so ist festzustellen: da bekunden nicht einzelne ihre persönlichen Ansichten, sondern da wirkt sich der Sprecher oder der Artikelschreiber zum Vertreter der „jungen Generation“ auf. „Wir Jungen wollen...“, „Wir, die junge Generation...“, „Wir, die junge Generation...“. Es scheint eine verhängnisvolle Scheu in diesen jungen Sprechern zu sein, sich hinzustellen, um ganz allein und isoliert mutig das „Ich“ zu bekennen, statt seine Person hinter dem schützenden „Wir“ einer Gemeinschaft zu verbergen. Es sei hier keinem Individualismus das Wort geredet, aber es ist betrüblich, daß junge Menschen, die glauben, der Öffentlichkeit etwas sagen zu können oder gar zu müssen, dies in kaum einem Falle als selbständige junge Persönlichkeiten zu tun wagen, sondern sich immer als Sprecher einer doch sehr vagen, gleichaltrigen Gemeinschaft vorstellen.

Kollektivistische Gesinnung der Jugend? So sehr ein erzieherischer Wert jugendlichen Gemeinschaftslebens anerkannt werden muß: es wäre verhängnisvoll, wenn die jungen Menschen nach dem zwölffährigen Trott eines gemeinsamen Herdenlebens und -erlebens nicht den Ausweg finden könnten, der in die Bereiche persönlicher Selbstständigkeit führt. „Wir, die junge Generation...“, die Phrase wirkt abgedroschen; sie müßte nun unerträglich sein in den Ohren derer, die nie etwas anderes kennen gelernt haben als nazistische Sprachregelung.

Noch bedenklicher wird es, wenn gerade in letzter Zeit junge Wortführer ihr „Gemeinschaftsleben“ generationsmäßig dahingehend spezialisieren wollen, daß sie von sich nicht anders sprechen als mit Pathos: „Wir, die junge Frontkämpfergeneration...“ (Wahn und Wahn hören wir das doch so oft?) Abgesehen davon, daß in den Reihen dieser jungen Frontkämpfergeneration auch sechzigjährige Volkstümmler marschieren und sie sich erlebnismäßig kaum von den Millionen Nichtfrontkämpfern der jahrelang bombardierten Städte distanzieren kann, handelt es sich hier natürlich nicht um verkappte Militaristen, sondern lediglich um junge Leute, die sich noch nicht freimachen konnten von dem Talmiglanz uniformierender klingender Schlagworte. Nicht nur eine Generation lag in diesem Kriege an der Front, und ihre Erlebnisse und Empfindungen waren und sind durchaus nicht die gleichen: manche fühlen sich angewidert von der stumpfen Geistlosigkeit des Kommiß, manche auch fühlen sich wohl dabei und ganz in ihrem Element; manche wollen nichts mehr davon wissen, und manche schwelgen wehmütig in Erinnerungen; manche brachten von der Front nichts als Abscheu und manche ein großes Erlebnis mit nach Hause...

Die heutige Jugend ist keine gleichempfindende, gleichgeschaltete, unpersönliche Masse. Sie mag überwiegend skeptisch sein in politischen Dingen, aber es gibt zahllose Jugendliche, die leidenschaftlichen Anteil nehmen am politischen Leben. Die Jugend hat sich nicht in ihrer Gesamtheit eine bestimmte geistige oder politische Auffassung zu eigen gemacht, wie ihr manche Wortführer je nach ihren persönlichen Wünschen unterstellen möchten; sie wird nicht von gleichen Empfindungen geleitet. In den verschiedenen jungen Menschen ist bereits all die Vielseitigkeit und Gegensätzlichkeit, wenn auch erst in der Anlage vorhanden, die das Leben ausmacht.

Es wäre unverantwortlich, wollte man versuchen, aus einem forcierten Generationsempfinden die jungen Menschen wiederum in eine Schablone zu pressen, sie wiederum zu vereinheitlichen, zu normen und zu generalisieren und ihnen so das Beste zu nehmen: die Möglichkeit und das Streben zur freien, eigenständigen Persönlichkeit innerhalb der Möglichkeiten, die ohnehin schon begrenzt genug sind.

Jede Tonne Kohle hilft Deutschland.
Dreiviertel unserer Kohlenförderung bleibt in Deutschland. Keine deutsche Kohle wird für Reparationen verwendet. Jede Tonne, die exportiert wird, wird bezahlt und für das Geld können wir uns Lebensmittel kaufen. Die Bergwerke brauchen Arbeiter.
Melde dich beim nächsten Arbeitsamt!

Vertrauen war stärker als Mißtrauen

WN-Bericht vom Internationalen Studententreffen in Münster

Münster, 7. Jan. — Das internationale Treffen christlicher Studenten, über das wir noch zusammenfassend berichten werden, brachte am Montagmittag, dem 6. Januar, als Abschluß der Referate und eingehenden Gespräche eine von großer Bereitschaft und Offenheit getragene Aussprache über „Vertrauen und Mißtrauen“. Zuvor verlas cand. phil. Schneider unter dem lebhaften Beifall der den Hörsaal dichtgedrängt füllenden Kommilitonen der verschiedenen Nationen zwei Adressen: an den ökonomischen Kirchenrat in Genf und an den Papst, den „gemeinsamen Vater in Rom“.

Norbert Schmitt (Münster) begann die Aussprache mit einer kurzen Darlegung der beiden Begriffe, die wie Gegenpole gegenüberstanden. Zwischen ihnen standen in wacher Spannung die Hörer spürbar zueinander. Das Vertrauen, so stellte der Deutsche fest, ist wesentlich an die Wahrheit gebunden und an den Einblick in die wirklichen Dinge. Zurückhaltung ist nicht gleich

Mißtrauen, das zu Beginn der Tagung vorhanden sein mochte. Aber wie gering es bei den Gästen war, das hat uns Deutsche erschüttert. Wir dürfen dem Mißtrauen in unserem Herzen keinen Raum geben. Wir haben erkannt, daß mit den alten Mächten das Uebel in der Welt nicht überwunden werden kann. Darum ist eine Metanoia notwendig. Die Gäste bat er, das Vertrauen, das sie erwerben konnten, in ihre Kreise zu tragen.

Wir haben eine Familie vorgefunden und viel Mißtrauen wurde weggeworfen“, sagte der Führer der englischen Delegation im Verlauf einer ausführlichen Stellungnahme zu den beiden Begriffen und ihrer Auswirkung in der augenblicklichen Situation. Die Not sollte alle Völker näher bringen, aus ihrer Selbstsucht befreien und zu einer Gemeinschaft hinführen. So aber sprächen sie nicht als Vertreter der Nation, das gäbe alle Sprecher zu bedenken, sondern in erster Linie als Christen. Die Quintessenz dieser Ausführungen wie der des Franzosen war

die, daß jedes Volk sein eigenes Gewissen erschauen möge und nicht die Gewissen anderer Völker. In Frankreich sei vor allem das Mißtrauen nicht so groß wie etwa nach dem Weltkrieg.

Der Schweizer bedauerte, daß Deutschland auf dem Wege zum Bekenntnis seiner Schuld, auf das man in der Schweiz sehnsüchtig gewartet habe, um Deutschland Vertrauen schenken zu können, umgekehrt sei. Dies glaube er aus Niemoßers Haltung und vielfacher „reaktionärer“ Stellungnahme dazu herleiten zu können. Den Sinn der Tagung sah er zu einem großen Teile darin, einen Beitrag zu leisten zu einem Wiederaufbau des Vertrauens, zunächst von Mensch zu Mensch. Dann sei zu hoffen, daß auch die Gemeinschaft der Völker in Gang komme, aber das läge nicht in ihrer, der jungen Christen Macht. Das Vertrauen wächst nur da, wo uns ein lauterer Mensch entgegentritt und an der Lauterkeit seiner Gesinnung wird das Mißtrauen zerschellen. Es sei die Aufgabe der christlichen Jugend, Aufgabe und Dienst zugleich, vertrauenswürdige Menschen zu werden in der Nachfolge Jesu Christi, in seiner Wahrheit und Demut, und das Gewissen unter sein Gericht zu stellen.

Auch der Däne betonte, daß es zunächst auf das Vertrauen von Mensch zu Mensch ankomme; wenn der Anfang recht gemacht sei, und den Eindruck habe er gewonnen, dann sei zu hoffen, daß es gut weitergehen werde. So können sie zu einem kleinen Teil beitragen zu einer Verwirklichung des europäischen Friedens. (Der geringe Raum erlaubt nicht, näher auf diese Aussprache einzugehen.)

Am Vormittag des gleichen Tages legten die Studenten an dem Grabe des Kardinals von Galen einen Kranz nieder. Der Gregoriuschor erhob das stille Gedenken zu einer eindrucksvollen Feier, in der Weihbischof Roloff das Bild des großen Toten sichtbar werden ließ.

Am Abend verband ein geselliges Beisammensein alle Teilnehmer der Tagung in „Pleistemühle zu einem frohen Ausklang.“

Kältewelle über ganz Europa

Hamburg, 7. Jan. (DPD-Reuter) Ganz Europa steht im Zeichen einer heftigen Kältewelle. Scharfer Frost, Schneefälle, Stürme und arktische Kaltluftmassen verbreiten sich von Sibirien über den gesamten Kontinent.

Während auf Spitzbergen und der Insel Nowaja-Semlja zeitweise Tauwetter herrscht, waren am Montag in Neapel 2 Grad unter Null zu verzeichnen. Die Kältewelle steht im Zusammenhang mit dem Aufbau eines mächtigen Hochdruckgebietes über Nordrußland, das sich im weiteren Verlauf über das Ostseegebiet ausbreiten wird. Die kontinental-arktische Kaltluft, die vom Nord-Uralgebiet ihren Ausgang genommen hat, strömt über Rußland westwärts und ergoß sich in breiter Front über das gesamte Gebiet zwischen dem Schwarzen Meer und der Ostsee nach Zentral-Europa.

Am kaltesten war es am Montag in Böhmen, wo die Temperatur bei ruhigem Wetter durch nächtliche Ausstrahlungen auf minus 26 bis 28 Grad absank. Sogar in Italien wirkte sich die Kältewelle stark aus. Sie brachte der Poebene Frost von minus 8 bis minus 10 Grad und selbst in Neapel war als Seltenheit minus 2 Grad Kälte zu verzeichnen. Die Kaltluft dringt auch nach England und Frankreich vor. Relativ warm ist es dagegen zur Zeit im nördlichen Europa, denn auf Spitzbergen und Nowaja-Semlja herrscht zeitweise Tauwetter. Eine Frostmilderung ist im größten Teil Nord- und Mittel-Rußlands eingetreten, sie dürfte um das Wochenende auch auf Mitteleuropa übergreifen. Allerdings bedeutet diese Milderung noch nicht das Ende der Frostperiode. Ein durchgreifender Umschwung wird etwa um den 20. Januar erfolgen. Es ist anzunehmen, daß dann die Gewalt des Winters im wesentlichen gebrochen sein wird. Der bisherige Verlauf des Winters spricht jedenfalls nicht dafür, daß ein kalter Februar folgt.

Observatorium Potsdam meint... Potsdam, 6. Jan. (DPD) Der gewöhnliche Kälteeinbruch ändert grundsätzlich nichts an den kürzlich veröffentlichten Aussichten für den weiteren Wetterverlauf dieses Winters. Nachdem die scharften Kaltgrade überwunden sind, was Mitte dieser Woche der Fall sein dürfte, ist nach einer Periode geringeren Frostes im letzten Januardrittel Anfang Februar unterschiedliches Wetter und etwa ab 10. Februar ausgesprochene Milderung zu erwarten.

Auswirkungen auf Industrieproduktion

Berlin, 7. Jan. Generallieutenant Clay, der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur, erklärte in Berlin, daß die gegenwärtige Kältewelle bereits starke Rückwirkungen auf die industrielle Erzeugung gehabt habe, die um 20 bis 25 Prozent zurückgegangen sei. Wenn die Kälte anhalte, seien weitere Kürzungen in der Stromproduktion und weitere Rückgänge in der Produktion nicht ausgeschlossen. Besonders kritisch sei die Lage im Transportwesen, wo es notwendig geworden sei, bestimmte Dringlichkeitsstufen für den Transport von Kohle und Lebensmitteln zu schaffen.

Medizinische „Forschung“ in Buchenwald

Nürnberg, 7. Jan. (DPD-Eigenbericht) Am schwersten belastet wurde am Montag, dem 14. Verhandlungstage im Nürnberger Ärzteprozeß, der Angeklagte Dr. Joachim Merges. Die Anklage versuchte, ihm die Hauptverantwortung für die von ihr als besonders mörderisch und verwerflich bezeichneten Fleckfieber- und Typhusexperimente nachzuweisen, die im Konzentrationslager Buchenwald in den Jahren 1942-44 durchgeführt worden sind.

Als schriftliches Beweismaterial legte die amerikanische Anklagevertretung das Tagebuch des früheren Leiters der in Buchenwald eingerichteten „Abteilung für Fleckfieber- und Virusforschung“, Dr. Ding, vor, der den Hauptanteil der praktischen Arbeit geleistet haben soll. Der allgemeine Verlauf der Fleckfieberexperimente war — nach diesem Tagebuch — etwa folgender: Eine Gruppe gesunder Häftlinge wurde zunächst mit dem zu prüfenden Gegendtrophusimpfstoff und danach mit dem Typhusimpfstoff selbst infiziert. Gleichzeitig wurde zu Versuchszwecken noch eine zweite, sogenannte „Kontrollgruppe“ infiziert, die vorher nicht Schutzgeimpft worden war. Nach Abschluß jeder Versuchsserie legte Dr. Ding in seinem Tagebuch den Krankheitsverlauf fest, ebenso die Zahl der Toten, die in jeder der beiden Gruppen zu verzeichnen war.

Isa Vermehren sagt aus Hamburg, 7. Jan. (DPD) Die bekannte deutsche Künstlerin Isa Vermehren wurde in der Nacht zum Montag in den Ravensbrück-Prozess am Montag in den Zeugenstand gerufen, um für die Angeklagte Nr. 6, Margarete Mewes, auszusagen. Isa Vermehren wurde 1944 zusammen mit ihrer Mutter und ihrem Bruder von der Gestapo in Sippenhaft genommen, weil ihrem zweiten Bruder Landesverrat vorgeworfen wurde. Ich habe so erklärt die Künstlerin, neun Monate im Bunker des KZ Ravensbrück zugebracht, wo die Angeklagte die Aufsicht führte. Margarete Mewes sei fleißig und unbestechlich gewesen, habe niemals einen Häftling denunziert, und sie (Isa Vermehren) habe selbst weder gehört noch gesehen, daß die Angeklagte Häftlinge mißhandelt oder geschlagen habe.

Evakuierung verschoben

Arsberg, 6. Jan. (DPD) Der für den 7. Januar vorgesehene zweite Transport von Evakuierten aus dem Sauer- und Siegerland ist in letzter Stunde abgesagt worden. Bis zum 20. Januar wurde die Aktion „Transport“ einstweilen hinausgeschoben.

Zur Freimachung von Wohnungen für belgische Truppen und ihre Familien werden im Sauer- und Siegerland seit einigen Wochen Evakuierungen von Teilen der deutschen Bevölkerung durchgeführt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung hatte der Landtag Nordrhein-Westfalens kürzlich darauf hingewiesen, daß diese Aktion Unruhe, Verbitterung und Verzweiflung unter der Bevölkerung ausgelöst habe.

Brotbedarf vorerst gesichert

Düsseldorf, 6. Jan. (DPD) Der Brotbedarf in Nordrhein-Westfalen, der in der Weihnachtswoche, abgesehen von örtlichen Störungen, durchweg befriedigt wurde, kann auch in der kommenden Zeit vorerst als gesichert angesehen werden, wie aus dem letzten Wochenbericht des Landesernährungsamtes, in Bonn hervorgeht.

Isa Vermehren, die seit einem halben Jahr an der Universität in Bonn Theologie und Philosophie studiert, schrieb nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches ein Buch über ihre Erlebnisse im KZ.

Ein Geschäft kam nicht zustande

Nürnberg, 6. Jan. (DPD-Eigenbericht) 800 Dollar für amerikanische Zigaretten bot der ehemalige Generalfeldmarschall Milch dem USA-Offizier an, der ihm am Sonntagabend im Nürnberger Gerichtsgefängnis die Papiere für seine Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft überreichte. In diesen Papieren wurde Milch bestätigt, daß er jetzt Zivilgefangener ist. Gleichzeitig erhielt er eine Bescheinigung, daß ihm in der Kriegsgefangenschaft ein Guthaben von 800 Dollar als Sold für die Zeit seiner Kriegsgefangenschaft zugeschrieben werden solle. Milch möchte ihnen ein Geschäft vorschlagen“, sagte Milch zu dem amerikanischen Offizier. „Diese 800 Dollar gegen amerikanische Zigaretten zum üblichen Kurs von 7 Cents pro Packchen.“ Das Geschäft kam nicht zustande.

Hans Fritzsche am 27. Januar

Nürnberg, 6. Jan. (DPD) Das Spruchkammerverfahren gegen Hans Fritzsche wird am Montag, dem 27. Januar, im Nürnberger Rathaus beginnen.

Auch Franz von Papen wird sich noch im Laufe dieses Monats vor einer Spruchkammer, wahrscheinlich in Nürnberg, zu verantworten haben.

Hamburg, — Rund 32 000 Liebesgabenpakete aus England mit Kleidung und Schuhen, die für Einzelpersonen in Deutschland bestimmt sind, trafen in Hamburg ein und werden jetzt durch das evangelische Hilfswerk weitergeleitet. (DPD)

Hamburg, — Infolge der Stromsperrung haben am Montag in der Hansestadt Hamburg 30 Firmen ihre Betriebe stillgelegt.

Köln, — Zu einer ersten gemeinsamen Tagung unter Dr. Adenauer trafen die CDU-Landesverbände von Rheinland und Westfalen am 8. Januar in Recklinghausen zusammen.

Aachen, — Das nahezu völlige Fehlen des Wortes „deutsch“ in dem Verfassungsentwurf des Landes Rheinland-Pfalz bemängelte das GDU-Blatt „Anchener Volkszeitung“ in einem „Landesverfassungskommentar.“

Koblenz, — Die Aufhebung des wirtschaftlichen Ausgangsverbotes für die französische Besatzungszone ist jetzt der französische Oberkommandierende in Deutschland verfügt. (DPD)

Göttingen, — Wegen des Ausbleibens der Kohlenlieferungen werden die Vorlesungen an der Universität Göttingen erst am 14. Januar wieder aufgenommen.

Rastatt, (DPD-Dena) — Die Aufhebung des freisprechenden Urteils gegen den Eberesbergmörder Heinrich Tiffelen wurde am Montag in der Verurteilung vor dem „Tribunal-General“ verkündet.

Ein 14-Tage-Paß für Reisen zur Erledigung dringender geschäftlicher Angelegenheiten in anderen Zonen können jetzt die Einwohner von Berlin beantragen.

London, — Ueber 1000 Londoner Pferde werden gegenwärtig von einer Grippeepidemie heimgesucht. Diese „Pferdegrippe“ soll die schwere Epidemie des Jahres 1923, bei der zahlreiche Pferde eingingen, noch übertreffen.

Brüssel, — Eine weitgehende Uebereinstimmung der Auffassungen Belgiens und Hollands in der Deutschlandfrage ergaben die Besprechungen des belgischen Außenministers Spaak und des holländischen Außenministers van der Stoep.

Wieviel verdienen Minister?

Hannover, 6. Jan. (DPD) Die Höhe und Festsetzung der Ministerschüler kam durch Minister Rubel im niedersächsischen Landtag zur Sprache. Der Ministerpräsident von Niedersachsen wird demnach ein Jahresgehalt von 15 000 Mark und die Minister von 12 000 Mark haben. Hierzu kommt für den Ministerpräsidenten eine Aufwandsentschädigung von 8000 Mark jährlich und ein Wohnungsgeld von 2500 Mark; während die Minister eine Aufwandsentschädigung von 4000 und ein Wohnungsgeld von 2000 Mark erhalten.

Demgegenüber, so erklärte Minister Rubel, erhalten in Bayern der Ministerpräsident 87 730 und die Minister 32 030 Mark, in Hessen der Ministerpräsident 33 400 und die Minister 27 400 Mark, während Nordrhein-Westfalen seinem Ministerpräsidenten jährlich insgesamt 52 000 und den Ministern 43 200 Mark zahle.

Das hessische Kabinett

Wiesbaden, 6. Jan. (DPD-Dena) Das neue hessische Kabinett ist am Freitagabend aus einer Koalition von SPD und CDU gebildet worden. Die Ministerliste umfaßt folgende Namen: Ministerpräsident: Christian Stock (SPD); stellvertret. Ministerpräsident und Minister für Finanzen: Dr. Werner Hilpert (CDU); Inneres: Heinrich Zinnkann (SPD); Wirtschaft und Verkehr: Dr. Harald Koch (SPD); Justiz: Georg A. Zinn (SPD); Kultus und Unterricht: Dr. Erwin Stein (CDU); Arbeit und Wohlfahrt: Josef Arndgen (CDU); Ernährung und Landwirtschaft: Karl Lörberg (CDU); politische Befreiung: Gottlieb Binder (SPD).

Clay Nachfolger McNarneys

Washington, 7. Jan. (DPD-Reuter) Generalleutnant Lucius D. Clay, der stellvertretende Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, wird der Nachfolger von General McNarney, dem Militärgouverneur der amerikanischen Zone Deutschlands und Oberkommandierenden der amerikanischen Bodentruppen in Europa, wie das amerikanische Kriegsministerium am Montag bekanntgab.

2 169 000 Tonnen werden verteilt

Essen, 6. Jan. Von den zuständigen Stellen der Besatzungsbehörden ist die im Januar für den zivilen Verbrauch in der britischen Zone zur Verteilung kommende Kohlenmenge auf 2 169 000 Tonnen festgesetzt worden. Von dieser Gesamtmenge entfallen 570 000 Tonnen auf Braunkohlenbriketts und eine kleinere Menge auf Kohle, die aus der Sowjetzone geliefert wird.

KURZNACHRICHTEN

Hamburg, — Rund 32 000 Liebesgabenpakete aus England mit Kleidung und Schuhen, die für Einzelpersonen in Deutschland bestimmt sind, trafen in Hamburg ein und werden jetzt durch das evangelische Hilfswerk weitergeleitet. (DPD)

Hamburg, — Infolge der Stromsperrung haben am Montag in der Hansestadt Hamburg 30 Firmen ihre Betriebe stillgelegt.

Köln, — Zu einer ersten gemeinsamen Tagung unter Dr. Adenauer trafen die CDU-Landesverbände von Rheinland und Westfalen am 8. Januar in Recklinghausen zusammen.

Aachen, — Das nahezu völlige Fehlen des Wortes „deutsch“ in dem Verfassungsentwurf des Landes Rheinland-Pfalz bemängelte das GDU-Blatt „Anchener Volkszeitung“ in einem „Landesverfassungskommentar.“

Koblenz, — Die Aufhebung des wirtschaftlichen Ausgangsverbotes für die französische Besatzungszone ist jetzt der französische Oberkommandierende in Deutschland verfügt. (DPD)

Göttingen, — Wegen des Ausbleibens der Kohlenlieferungen werden die Vorlesungen an der Universität Göttingen erst am 14. Januar wieder aufgenommen.

Rastatt, (DPD-Dena) — Die Aufhebung des freisprechenden Urteils gegen den Eberesbergmörder Heinrich Tiffelen wurde am Montag in der Verurteilung vor dem „Tribunal-General“ verkündet.

Ein 14-Tage-Paß für Reisen zur Erledigung dringender geschäftlicher Angelegenheiten in anderen Zonen können jetzt die Einwohner von Berlin beantragen.

London, — Ueber 1000 Londoner Pferde werden gegenwärtig von einer Grippeepidemie heimgesucht. Diese „Pferdegrippe“ soll die schwere Epidemie des Jahres 1923, bei der zahlreiche Pferde eingingen, noch übertreffen.

Brüssel, — Eine weitgehende Uebereinstimmung der Auffassungen Belgiens und Hollands in der Deutschlandfrage ergaben die Besprechungen des belgischen Außenministers Spaak und des holländischen Außenministers van der Stoep.

Wien, — Die österreichische Regierung hat die Aufnahme von Flüchtlingen aus Deutschland in die Bundesrepublik Österreich als eine der wichtigsten Aufgaben der österreichischen Regierung bezeichnet.

Paris, — Die französische Regierung hat die Aufnahme von Flüchtlingen aus Deutschland in die Bundesrepublik Frankreich als eine der wichtigsten Aufgaben der französischen Regierung bezeichnet.

Berlin, — Die deutsche Regierung hat die Aufnahme von Flüchtlingen aus Deutschland in die Bundesrepublik Deutschland als eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Regierung bezeichnet.

Moskau, — Die sowjetische Regierung hat die Aufnahme von Flüchtlingen aus Deutschland in die Bundesrepublik Deutschland als eine der wichtigsten Aufgaben der sowjetischen Regierung bezeichnet.

Washington, — Die amerikanische Regierung hat die Aufnahme von Flüchtlingen aus Deutschland in die Bundesrepublik Deutschland als eine der wichtigsten Aufgaben der amerikanischen Regierung bezeichnet.

FC Bocholt weiter von Pech verfolgt

Die auf dem Grab Gustav von Schwenen getragene Urne, die auf Wunsch der Witwe des Dichters, Marianne Hauptmann, errichtet werden. Mit der Urne ist eine Leiche beauftragt. Der Architekt König Gustav von Schwenen verliert die bekannteste schwedische Filmschauspielerin Ingrid Bergman, die höchste Auszeichnung, die Schweden an einen Mann kann, die Medaille und Schriftsteller vor-

Der Berggänger, besonders gütig formuliert, kann die besten Erkenntnisse kommen aus dem hintersten Wort, wenn es notwendig dem Gehirne und der Ueberzeugung des Menschen entspricht.

Th. Fd.

Die Gedanke, der den Begegnungen auf dieser
 zung einen elendiglichem Sinn gibt, wurde von
 Berner Bergengrüen besonders gültig formuliert,
 in die besten Erkenntnisse kommen aus dem
 hinterlichen Wort, wenn es notwendig dem Ge-
 schick und der Überzeugung des Menschen ent-
 schiedet.

schwedischen Filmhochschule in Stockholm. Mit der
König Gustav von Schweden verliert der bekann-
te schwedische Filmschauspieler Ingrid Berg-
man die höchste Auszeichnung, die Schweden an-
erkennt, Wissenschaftler und Schriftsteller ver-
fahren kann.

...minister, Wissenschaftler und Schriftsteller ver-
stehen kann, die Medaille „Literis et Artibus“.

